# CCC müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos. Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



#### **WELCHE ECKE?**



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o ecke müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net

Das Bilderrätsel in der ecke müllerstraße 3/2020 zeigte die Rückseite des Max-Beckmann-Saales im Atze-Musiktheater in der Luxemburger Straße. Wir danken allen Einsendern. Gewinner des Kinogutscheins ist Rolff Zlator.

#### Straße der Nachbarschaft

Am 25. September und am 2. Oktober von 14 bis 18 Uhr soll sich die Antwerpener Straße im Abschnitt zwischen Brüsseler und Seestraße zur Straße der Nachbarschaft wandeln. Organisiert wird das schon seit langem von der Gruppe »Tag des guten Lebens«. Ursprünglich hätte das Ganze schon im Juni stattfinden sollen, Corona machte damals aber einen Strich durch die Rechnung.

Auf dem autofreien Straßenabschnitt sollen die Anwohnerinnen und Anwohner Freiraum und Zeit finden zum Spielen, zum gegenseitigen Kennenlernen und für den Austausch. Dabei werden natürlich die Abstandsregeln eingehalten bzw. Masken getragen. Die Initiatoren wollen die Antwerpener Straße auf ganz neue Weise erschließen. Die »Straße der

#### Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Anfang November 2020. Nachbarschaft« sehen sie dabei auch als ein temporäres Spielstraßenprojekt. Um den dafür nötigen Platz zu schaffen, muss ein Teil des Brüsseler Kiezes an beiden Tagen für ein paar Stunden autofrei sein. Die Gruppe bittet um Verständnis.

Einige Veranstaltungen, die eigentlich auf der Straße hätten stattfinden sollen, werden jetzt ins Internet verlegt: Stattdessen werden nun Online-Talks durchgeführt, zu denen man sich vorher unter www.tagdesgutenlebens.berlin/onlinetalks anmelden muss. Noch offen sind folgende Termine:

Ernährung / Lebensmittel: 23. September, 18–20 Uhr, Jugendbeteiligung: 30. September, 18–20 Uhr Transformation im Kiez: 14. Oktober, 18–20 Uhr

#### **Ecke im Web**

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.muellerstrasseaktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitungecke-muellerstrasse

#### INHALT

Seite 3 Karstadt bleibt!

Seite 4 Rückbau eines Toilettenhauses

Seite 5 Schinkelkirche bald barrierefrei

Seite 6 Baubeginn an der Luxemburger Straße

Seite 7 Bezirk übt Vorkaufsrecht aus

Seite 8 Mein Wedding 2020

Seite 9 Provisorischer Zaun am Weddingplatz

#### Aus dem Bezirk Mitte:

- Seite 10/11 »Chaos & Aufbruch« Ausstellung im Märkischen Museum
- Seite 12 /13 Geschichte der Berliner Mietendeckel
- Seite 14 Zum Rücktritt von Katrin Lompscher

 $\textbf{Seite 15} \ Adressen + Gebietskarte$ 

Seite 16 Eckensteher

#### **IMPRESSUM**

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net Fotoredaktion:

Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,

www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

#### **Elektronischer Versand**

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

### **Vorerst gerettet**

#### Auch viele Kunden kämpften um ihren Karstadt Leopoldplatz

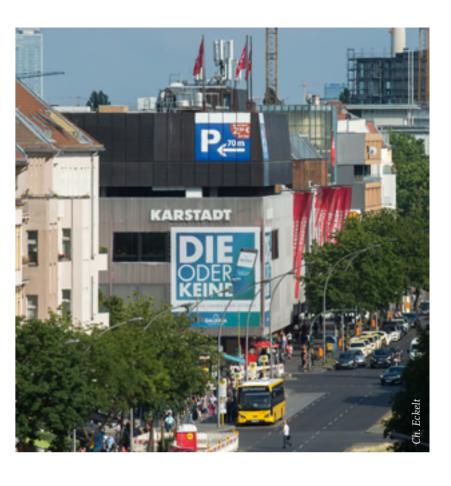
Karstadt bleibt – zunächst einmal. Anfang August einigten sich das Land Berlin und der Mutterkonzern »Signa« der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH darauf, in den kommenden Jahren vier von sieben schließungsgefährdeten Filialen der Warenhauskette in der Stadt zu erhalten. Zu ihnen zählt auch Karstadt am Leopoldplatz, der mindestens noch drei Jahre weiterbetrieben werden soll. So lange sind auch betriebsbedingte Kündigungen für die hier beschäftigten Mitarbeiter ausgeschlossen. Für den Erhalt des Kaufhauses hatten sich zuvor mehr als 2000 Kundinnen und Kunden aktiv eingesetzt.

»Mein Karstadt an der Müllerstraße soll bleiben, weil ...«

»... er zum Wedding gehört wie der Fernsehturm zu Berlin«, »... meine Mutter schon in meinen Kindertagen mit mir hier einkaufen ging«, »... sonst die Müllerstraße tot ist«. Insgesamt 2141 Postkarten mit selbstgeschriebenen Botschaften ähnlich wie diesen waren in kurzer Zeit in den zwei Sammelbehältern im Karstadt und im Rathaus Wedding zusammen gekommen – und haben mit dazu beigetragen, die Signa-Gruppe zum Umdenken zu bewegen. Das beeinflusste auch die politischen Verhandlungen.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel und Bezirksstadtrat Ephraim Gothe verfassten zusammen einen »Letter of Intent« zur Entwicklung des Standorts am Leopoldplatz. Darin sicherten sie zu, die Neugestaltung der sanierungsbedürftigen Fassade des Warenhauses mit bis zu 1,4 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln zu fördern. sofern das Haus noch mindestens zehn Jahre weiterbetrieben werde. Überdies machte der Bezirk Vorschläge zur Aufwertung des Standorts: So könne das Dach als Dachgarten gastronomisch genutzt werden. Im Parkhaus könnte das Unternehmen Jelbi, eine Tochter der Berliner Verkehrsbetriebe, einen Mobilitätshub mit Carsharing anbieten. Schließlich könnten auch Produkte »Made in Wedding« von lokalen Produzenten aus den Bereichen Textil und Kunsthandwerk in das Warensortiment aufgenommen werden.

Die entscheidenden Verhandlungen fanden auf Senatsebene statt. Dabei wurden auch Zugeständnisse zur weiteren Entwicklung von drei Standorten gemacht, die sich im Eigentum der Signa-Gruppe befinden: zu den Warenhäusern am Hermannplatz, am Alexanderplatz und am Kurfürstendamm. Diese sind inzwischen politisch umstritten und werden als Einknicken des Senats angesichts einer Erpressung mit dem drohenden Verlust von mehreren Hundert Arbeitsplätzen kritisiert. Allerdings wären die Auswirkungen der drohenden Standortschließungen nicht nur auf den Arbeitsmarkt begrenzt: Für die betroffenen Geschäftsstraßen – und damit für ganze innerstädtischer Stadträume – würde das kaum zu kompensierende Rückschläge bedeuten: Ohne ihre Warenhäuser würden diese Stadtge-



biete nur noch eingeschränkt als kulturelle Begegnungsräume funktionieren – und das hätte wiederum negative Auswirkungen auf die internationale Anziehungskraft der Stadt.

Gerettet wurden neben dem Standort Leopoldplatz auch die innerstädtisch gelegenen Standorte Ringcenter (Lichtenberg), Wilmersdorfer Straße (Charlottenburg) und Tempelhofer Damm (Tempelhof-Schöneberg). Schließen müssen dagegen zwei Warenhaus-Filialen in Stadtrand-Lage: die im Lindencenter Hohenschönhausen (Lichtenberg) sowie die in den Gropius-Passagen (Neukölln). Gar nicht erst eröffnen wird der Karstadt im Tegelcenter, das sich noch im Bau befindet. Das Gebäude des Karstadt Leopoldplatz gehört seit November 2018 der Versicherungskammer Bayern, die die Immobilie damals im Paket zusammen mit dem Karstadt in der Spandauer Altstadt und dem am Tempelhofer Damm erworben hatte. In den Verhandlungen mussten die Bayern vermutlich schmerzliche Zugeständnisse bei den Mieteinnahmen der beiden bedrohten Häuser machen.

Für den Senat ist die Rettung von gleich vier akut bedrohten Filialen ein enormer Erfolg. In einem Hintergrundgespräch hatte Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel noch im Juli davon gesprochen, dass er höchstens mit der Rettung von einer, bei großem Glück vielleicht von zwei der sieben Filialen rechne. Dazu, dass es jetzt vier geworden sind, haben nicht zuletzt die vielen Weddinger beigetragen, die mit ihren Kurzbeiträgen so eindrücklich demonstrierten, dass die Warenhäuser in Berlin noch eine solide Kundenbasis haben.



# Rückbau auf dem Leopoldplatz

# Räume für Sozialprojekte dringend benötigt

Das Toilettenhaus am »Aufenthaltsbereich« auf dem Leopoldplatz wurde zurückgebaut und an seiner Stelle eine mobile »EcoToilette« aufgestellt. Das alte Toilettenhaus war schon seit längerer Zeit nicht mehr in Betrieb. In dem großen, behindertengerechten Toilettenraum hatten sich zuvor immer wieder Drogenabhängige in Gruppen zusammengefunden, um gemeinsam Heroin zu rauchen. Das hatte zu Konflikten mit den Nutzerinnen und Nutzern des »Aufenthaltsbereichs« geführt und auch immer wieder Polizeieinsätze provoziert.

Bei der Neugestaltung des Leopoldplatzes in den Jahren 2011–2013 war der Aufenthaltsbereich hinter der Alten Nazarethkirche zusammen mit Angehörigen der »Szene« konzipiert worden. Und die hatte sich vor allem die Möglichkeit gewünscht, an ihrem Treffpunkt auch auf die Toilette gehen zu können. Anfangs hatte das auch gut funktioniert, am besten, als nur ein provisorisches Dixi-Klohäuschen an der Stelle des späteren Toilettenhauses aufgestellt war

#### Armutswanderung führt zu Konflikten

Damals war es gelungen, mit der Trinker-Szene auf dem Leopoldplatz in einen kontinuierlichen Dialog einzutreten und auf diese Weise auch einen gewissen Einfluss auf das Verhalten der Gruppe zu bekommen. Aus mehreren Gründen blieb dieser Zustand aber nicht stabil: So änderten sich zum Beispiel die Ansprechpartner in der Sozialarbeit und ein auf die Gruppe hin ausgerichtetes Sozialprojekt musste geschlossen werden. Vor allem aber ändert sich die Struktur der als problematisch wahrgenommenen Gruppe auf

dem Leopoldplatz fortlaufend: Auf dem Leopoldplatz treffen sich ja nicht nur abhängige Menschen aus dem Wedding, sondern auch immer mehr verarmte Zuwanderer aus Osteuropa, die oft auch mit Drogenproblemen kämpfen. Das war zwar auch schon zu Beginn der 2010er Jahre der Fall. In den letzten Jahren hat sich aber ihr Anteil auf dem Leopoldplatz weiter verstärkt. Das wirkte sich auf die Zustände am Aufenthaltsbereich und im Toilettenhaus aus: Die überwiegend deutschsprachigen Nutzerinnen und Nutzer des Aufenthaltsbereiches verloren die Kontrolle über »ihre« Toilette.

#### Sozialer Brennpunkt im öffentlichen Raum

In der Kriminalitätsstatistik macht sich die Armutswanderung freilich nicht bemerkbar. Der Leopoldplatz gilt seit dem Jahr 2018 nicht mehr offiziell als »kriminalitätsbelasteter Ort«, weil hier die Kriminalität zurückgeht. Im Vergleich etwa mit dem Alexanderplatz fehlen vor allem die organisierten Taschendiebe, die sich lieber auf Gebiete mit vielen Touristen konzentrieren und dort die Kriminalstatistik entsprechend in die Höhe treiben.

Dennoch benötigt der Leopoldplatz dringend einen konzentrierten Einsatz staatlicher Ressourcen: als sozialer Brennpunkt im öffentlichen Raum – vor allem im Bereich der Sozialarbeit, aber auch polizeilich etwa auf dem Gebiet der Prävention. Berlin profitiert ja von der starken Zuwanderung vor allem junger Leute in die Stadt, die sich vor allem aus dem europäischen Ausland speist. Dieser Prozess hat jedoch eine Schattenseite in der Armutswanderung, die sich vor allem in der Berliner Innenstadt bemerkbar macht und an Orten wie dem Leopoldplatz besonders intensiv in Erscheinung tritt. Deshalb lohnt es sich, hier spezielle Sozialprojekte anzusiedeln: Vor den Erfahrungen, die sie hier machen, kann später die ganze Stadt profitieren.

#### Projekträume gesucht

Im Bezirk Mitte ist diese besondere Dynamik des Leopoldplatzes schon erkannt. Seit der Bezirk wieder einigermaßen über finanzielle Handlungsfähigkeit verfügt, unterstützt er Projekte wie etwa die Kontaktstelle des Vereins Fixpunkt in der Nazarethkirchstraße. Leider muss diese jetzt ihre Räume verlassen, weil dort die Kita der Kirchgemeinde einzieht. Ersatzräume sind noch nicht gefunden. Räume bräuchte man aber freilich auch für zusätzliche Projekte, die beispielsweise bei der kulturellen Herkunft der Zuwanderer ansetzen. Auch hier bemüht sich der Bezirk derzeit, zumindest zeitweise mit Containern Abhilfe zu schaffen. Notwendig wären aber eigentlich langfristige Mietverträge in gewerblich nutzbaren Räumlichkeiten. cs

# Schinkelkirche wird barrierefrei

#### Nazarethkirchgemeinde lobt Denkmalschutzbehörde

Der Kirchsaal der Alten Nazarethkirche auf dem Leopoldplatz soll in nicht allzu ferner Zeit auch für Menschen mit Gehbehinderung zugänglich werden. Damit könnte einer der schönsten Säle des Wedding auch für öffentliche Zwecke genutzt werden. Noch in diesem Jahr soll die Kita aus dem Erdgeschoss des denkmalgeschützten Kirchenbaus ausziehen.

Sie wechselt dabei lediglich auf die andere Seite der Nazarethkirchstraße. Im Neubau des Gemeindehauses ist deutlich mehr Platz vorhanden. So können mehr Kinder in die evangelische Kita aufgenommen und die allgemeine Knappheit an Kitaplätzen im Wedding zumindest etwas abgebaut werden. Auf der anderen Seite haben die Kitakinder auf dem Hof des Gebäudes einen abgeschlossenen und geschützten Spielbereich im Freien. An der Alten Nazarethkirche liegt der Kita-Spielplatz dagegen sehr exponiert mitten auf dem Leopoldplatz. Trotz einschlägiger Beschilderungen und einer öffentlichen City-Toilette direkt vor Ort wird das Gebüsch an seinen Rändern immer wieder von Männern zur Verrichtung ihrer Notdurft missbraucht: Der Umzug der Kita wird daher schon seit vielen Jahren anvisiert. Zwischenzeitlich war auf dem Gelände an der Nazarethkirchstraße ein Sozialprojekt des Suchthilfe-Vereins Fixpunkt für den Leopoldplatz untergebracht, der jetzt verabredungsgemäß ausziehen muss. Der Bezirk sucht nun dafür dringend neue Räumlichkeiten in der Umgebung.

Ins Erdgeschoss der Schinkelkirche wird das Büro der Nazarethkirchgemeinde einziehen. Der Aufzug ins obere Stockwerk mit dem Kirchsaal wird im Inneren des Kirchengebäudes eingebaut, aber von außen zugänglich sein. Die notwendigen Umbauten sind mit dem Denkmalschutz abgestimmt. In einem Kooperationsvertrag mit dem Bezirk sind die Details geregelt. Dazu gehören auch Fördermittel aus dem Programm »Lebendige Zentren« (ehemals: »Aktive Zentren«) mit denen der Einbau des Aufzugs gefördert wird. »Die Verhandlungen mit dem Denkmalschutz habe ich mir sehr viel komplizierter vorgestellt«, erzählt der Vorsitzende des Gemeindekirchenrates Sebastian Bergmann: »Ich habe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes als sehr lösungsorientiert und konstruktiv erlebt.« Jetzt hofft er, dass bei dem Umbau alles glatt geht und keine Überraschungen auftreten: »Bei einem so alten Gebäude - die Kirche stammt ja aus dem Jahr 1830 - können natürlich immer plötzlich Probleme auftreten. Wir haben aber schon im vergangenen Jahr dort, wo die Fundamente für den Aufzug gesetzt werden müssen, Probebohrungen vorgenommen. Dabei fanden wir alles so vor, wie es in den Plänen von Schinkel verzeichnet war. Offenbar wurde damals sehr akkurat gearbeitet.«

Probleme könnten etwa noch im Zusammenhang mit den Ausschreibungen der notwendigen Arbeiten auftreten. Denn für viele werden hochspezialisierte Fachgewerke benötigt, die über freie Kapazitäten verfügen müssen. »Suchen Sie mal jemanden, der Bleiverglasungen für Kirchenfenster fertigen kann«, erklärt dazu Sebastian Bergmann. Es gibt in Berlin ja auch keine Dombauhütte, in der solch alte Handwerke gelehrt werden. Deshalb kann die Gemeinde auch noch nicht genau sagen, wann der Aufzug voraussichtlich fertig und der Kirchsaal auch für Menschen mit Gehhilfen oder Rollstühlen zugänglich sein wird. cs

### Pandemie legt Fontänenfeld trocken

Das Fontänenfeld auf dem Marktplatz vor der Alten Nazarethkirche liegt in diesem Jahr trocken. Der Platzbereich gehört der Kirchengemeinde und wurde im Programm »Aktive Zentren« aus öffentlichen Mitteln aufwändig saniert. In diesem Zusammenhang hat sich die evangelische Nazarethkirchgemeinde dazu verpflichtet, den Brunnen regelmäßig in Betrieb zu nehmen.

In diesem Jahr aber ist alles anders: Im März wurden die Gemeinde ausdrücklich aufgefordert, den Brunnen trokken zu lassen. Denn das sprudelnde Fontänenfeld verwandelt sich bei warmen Temperaturen regelmäßig in einen Wasserspielplatz. Zwar schaltet der Bezirk seit Mitte Juli seine Wasserspielplätze und Planschen wieder an, sofern die Temperaturen hoch genug sind und die Wasserqualität das zulässt. Das Fontänenfeld auf dem Leopoldplatz ist aber viel kleiner als etwa die Plansche im Schillerpark. Dennoch drängten sich in den vergangenen Jahren hier manchmal 100 und mehr Kinder und Eltern auf engem Raum. Das macht an Hitzetagen die Einhaltung der Abstandregeln schwer bis unmöglich, zudem hier natürlich auch keine Masken getragen werden können.



# Gefährliche Herbststürme

# Bodenfeuchte immer noch extrem gering

Bereits am 27. August hat in diesem Jahr das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Mitte seine erste »Warnung von dem Betreten der Grünanlagen« veröffentlicht. Grund war das Sturmtief »Kirsten«, das Ende August über die Stadt fegte: »Vor allem abseits der offiziellen Wege können abgebrochene Äste oder gespaltene Kronen ausbrechen und zu schweren Verletzungen führen«, Die Kontrollen durch die Beschäftigten des Straßen- und Grünflächenamtes würden erfahrungsgemäß mehrere Tage erfordern. Am Schluss der Meldung hieß es in fetten Lettern: »Die Bäume können unvermittelt umstürzen.«

Besonders gefährlich sind Stürme, wenn sie früh im Jahr auftreten. Das Laub ist dann noch grün und die Blätter haften noch fest an den Zweigen, so dass Laubbäume den Stürmen großen Widerstand bieten. Durch die langanhaltende Trockenheit der vergangenen drei Jahre sind zudem besonders viele Bäume geschwächt. Daran könnten auch die erhofften starken Regenfälle im Herbst nichts mehr ändern. Falls sie denn kämen: bis September blieb der Regen noch spärlich. Das vom Berliner Pflanzenschutzamt ständig aktualisierte Diagramm zur Bodenfeuchte in der Stadt leuchtete Anfang September noch tief im roten Bereich. Nachdem im extrem heißen August die Feuchtigkeit in 85cm Tiefe auf Null gesunken war, hat sie sich zwar langsam wieder auf etwa 10 % erhöht. Das ist aber nach wie vor viel zu trocken, auf »gelb« springt die Ampel erst ab 30%, auf »grün« ab 50%. Viele Bäume und die meisten Sträucher leiden deshalb unter schwerem Trockenstress. Das ist oft auch mit bloßem Auge gut erkennbar, bei Laubbäumen zum Beispiel daran, dass an den Spitzen vermehrt kahle Stellen und oft auch schon tote Äste auftreten.

Der Trockenstress hängt natürlich auch vom Standort und von der Baumart ab. In der Nähe der Spree oder anderer Gewässer reicht das Grundwasser ja noch relativ nahe bis an die Oberfläche. In größerer Entfernung und sobald das Gelände auch nur leicht ansteigt, kommen auch ältere Bäume inzwischen an ihre Grenzen. Vor allem Flachwurzler wie Rosskastanien, Fichten oder Weiden haben Probleme. Geht es gleich mehrere Meter in die Höhe, können auch tief wurzelnde Bäume wie Eichen, Kiefern oder Eschen vom Trockenstress betroffen sein. Das betrifft auch viele Wälder am Stadtrand von Berlin oder im Umland: Herbstliche Waldspaziergänge könnten in diesem Jahr besonders gefährlich werden. Vor allem, wenn in den Tagen zuvor Herbststürme gewütet haben. Abseits der Wege nach Pilzen zu suchen wäre dann nicht empfehlenswert, zumal durch die Trockenheit der Böden die Ausbeute ohnehin nur sehr gering sein dürfte.

Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte wird in diesem Herbst wohl häufiger vor dem Betreten der Grünanlagen warnen



### Baubeginn am Laborgebäude

An der Luxemburger Straße haben im August die Bauarbeiten für die »Wedding Advanced Laboratories« (kurz: WAL) der Beuth-Hochschule für Technik begonnen. Dafür wird im ersten Schritt das Baufeld frei gemacht, u.a. werden die dort aufgestellten Buchstaben abgetragen. Zum Teil sollen diese später auf der Freifläche neben dem WAL wieder aufgestellt werden. Ab dem Jahr 2024 werden an der Stelle des jetzigen Hügels die heute noch über das Stadtgebiet verteilten nasschemischen Labore der Hochschule in einem fünfgeschossigen Baukörper zusammengefasst werden.

Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, der nicht frei sein wird von Beeinträchtigungen des Umfelds: Ab Oktober werden die Stahlträger für die Baugrube in den Boden gerammt. Wer schon einmal einen Neubau in seiner Nachbarschaft miterlebt hat, weiß, dass dies die unangenehmste Phase ist. Zwar wurde ein Verfahren gewählt, dass weniger Lärm und Erschütterungen freisetzen soll, die Hochschule bittet jedoch bereits jetzt um Entschuldigung und Verständnis.

Mit dem Baugrubenaushub wird voraussichtlich ab Januar 2021 begonnen, mit dem Rohbau voraussichtlich ab März 2021. Die Verkehrsführung entlang der Luxemburger Straße wird während der kompletten Bauzeit an die Baustelle angepasst werden. Dies führt zur Verlegung des Fahrradweges und zu Einschränkungen beim Parken.

# Vorkaufsrecht ausgeübt

#### WBM übernimmt Mietshaus Luxemburger Straße 31

Der Bezirk Mitte hat mithilfe der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WBM das Vorkaufsrecht für die Luxemburger Straße 31 ausgeübt. Das Grundstück liegt im Milieuschutzgebiet Sparrplatz und sollte verkauft werden. In solchen Fällen kann der Bezirk von dem neuen Eigentümer verlangen, mit ihm eine »Vereinbarung zum Schutz der Wohnbevölkerung« abzuschließen, die den Mieterinnen und Mietern weitgehende Schutzrechte zusichert. Diese »Abwendungsvereinbarung« kam jedoch nicht zustande. Der Bezirk sah sich hier gezwungen, die 31 Mietparteien vor Verdrängung und den Bezirk damit vor nachteiligen städtebaulichen Auswirkungen zu schützen. Er konnte fristgemäß eine Vereinbarung mit der WBM zur Sicherung der sozialen Erhaltungsziele abschließen, der es der Wohnungsbaugesellschaft ermöglicht, in den Kaufvertrag einzutreten. Gegen den Bescheid zur Ausübung des Vorkaufsrechts können jedoch sowohl der Verkäufer als auch der Erwerber noch Widerspruch einlegen.

»Ich bedanke mich sehr herzlich, auch im Namen der Mietergemeinschaft, für das Engagement der Wohnungsbaugesellschaft Mitte bei der Ausübung des Vorkaufsrechts. Das Haus in der Luxemburger Straße 31 wird damit langfristig gemeinwohlorientiert bewirtschaftet«, sagt Bezirksstadtrat Ephraim Gothe. Auch der Geschäftsführer der WBM, Stefan Helbig äußert sich dazu: »Mit dem Erwerb des Hauses stabilisieren wir die soziale Mischung im Kiez und kommen unserer Verantwortung für die Stadtgesellschaft nach. Es ist bereits das sechste Vorkaufsrecht, das wir in bewährter Partnerschaft mit dem Bezirksamt Mitte ausgeübt haben. Mit 31 Wohnungen und 11 Gewerbeeinheiten bietet das Objekt die typische Berliner Mischung zum Wohnen, Leben und Arbeiten, die wir in unserem Immobilienbestand fördern.«



#### Gesundheitsamt sucht dringend Mitarbeiter

Zum 1. Oktober muss die Hälfte des gegenwärtig eingesetzten Personals im Gesundheitsamt zurück in ihre regulären Dienststellen, wodurch sich der Personalmangel bei der Pandemiebekämpfung drastisch verstärkt. Das Team des Gesundheitsamtes Mitte sucht daher Beschäftigte für zunächst ein Jahr. Gesucht werden insbesondere Medizinische Fachangestellte (bzw. Arzhelfer/in), Mitarbeiter in der Pandemiekoordination (Verwaltungsfachangestellte/r, Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation), Fallmanager (abgeschlossenes Hochschulstudium mit überwiegend verwaltungswissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen oder gesundheitswissenschaftlichen Inhalten oder vergleichbar) sowie Ärztinnen bzw Ärzte.

Die Stellenangebote finden sich auf dem Karriereportal des Landes Berlin: www.berlin.de/karriereportal/stellensuche

#### Stele wieder aufgestellt

Am 2. September 2020 wurde die Stele für Elise und Otto Hampel auf dem Rathausvorplatz Wedding wieder aufgestellt. Sie wurde nach der Zerstörung im Frühjahr 2020 neu hergestellt und wiedererrichtet. Aufgrund der andauernden Baumaßnahmen im unmittelbaren Umfeld hat sich der Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte des Bezirks Mitte entschlossen, die Informationstele vor Schäden zu sichern und bis auf weiteres verpackt am Standort zu belassen. Sobald diese Schutzmaßnahme nicht mehr notwendig ist, soll die Verpackung entfernt und der Text für die Erinnerung an das Weddinger Ehepaar, Elise und Otto Hampel, wieder öffentlich sichtbar werden.

Die Tafel geht auf einen Entwurf der Berliner Künstlerin Ingeborg Lockenmann zurück. Ende April 2020 wurde die Tafel von Unbekannten zerstört. Mit der neuen Tafel wird der Entwurf von Lockenmann an derselben Stelle zum zweiten Mal realisiert.

#### Mieterberatung für die Milieuschutzgebiete

Für die Milieuschutzgebiete Leopoldplatz, Seestraße, Sparrplatz sowie für das Sanierungsgebiet Müllerstraße findet ab sofort wieder eine persönliche Mieterberatung im Vor-Ort-Büro in der Triftstraße 2 statt. Allerdings muss man sich dazu telefonisch anmelden und zwar jeweils montags zwischen 10 und 12 Uhr unter der Telefonnummer (030) 44 33 81 11. Die persönliche Sprechzeit ist dann donnerstags zwischen 16 und 18 Uhr. Die Mieterberatung führt die »Mieterberatung Prenzlauer Berg« durch, Ansprechpartnerin ist Frau Weber.



#### Kunst mit Publikum

»Mein Wedding 2020« auf der Müllerstraße

Noch bis zum 3. Oktober kann man auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße Kunst anschauen. Dort findet die Kunstaktion »Mein Wedding 2020« statt. Zum siebten Mal in Folge werden auch diesem Jahr großformatige Plakatwände mit Motiven aus dem Wedding ausgestellt, die eine Jury zuvor aus vielen Einsendungen ausgewählt hatte.

Unserem Fotografen gefiel in diesem Jahr ganz besonders das hier abgebildete Plakatmotiv von Sulamith Sallmann, das auf dem Mittelstreifen vor dem Rathaus Wedding aufgestellt ist. Das ist aber nur ein einzelner subjektiver Eindruck von überaus vielen: So viel Publikum wie »Mein-Wedding 2020« findet in diesem Jahr wohl kaum eine andere Kunstausstellung in der Stadt. Und das, obwohl die Aktion weit abseits des etablierten Kunstbetriebs der Hauptstadt durchgeführt wird: Eine Gruppe von Weddinger Künstlerinnen und Künstlern hat, organisatorisch unterstützt vom Centre Français de Berlin, in diesem Jahr die Initiative ergriffen, nachdem sich die »StandortGemeinschaft Müllerstraße« aufgelöst hatte, die in den vergangenen sechs Jahren dje Ausstellung organisiert hatte. Die Finanzierung der anfallenden Sachkosten konnte wie in den vergangenen Jahren durch das Förderprogramm »Lebendige Zentren« (früher: »Aktive Zentren«) übernommen werden. Mehr als 180 Werke waren in diesem Jahr eingereicht worden, darunter auch etliche von Kindern und Jugendlichen oder sogar ganzen Schulklassen.

Bleibt zu hoffen, dass auch in den kommenden Jahren genug Schwung in der Weddinger Kunstszene steckt, diese Ausstellung weiter zu organisieren. Denn das ehrenamtliche Engagement, ohne das solche Projekte nicht stattfinden können, sollte man nicht einfach als Selbstverständlichkeit voraussetzen.

# Bezirk erkennt Klimanotstand

Klimaschutzbeauftragte/r erstellt jetzt Bewertungsleitfaden

Das Bezirksamt Mitte hat am 11. August 2020 den Klimanotstand anerkannt und ist damit einer Aufforderung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nachgekommen. Diese hatte den Klimanotstand bereits im Januar anerkannt und einen umfangreichen Beschluss gefasst. Überdies war festgelegt worden, dass das Bezirksamt Mitte über den Rat der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Senat von Berlin und die anderen Bezirke auffordert, sich der Anerkennung anzuschließen.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel: »Umwelt- und Naturschutz beginnen im Kleinen und sind vor allem auch in unseren Kiezen und Lebensräumen wirksam und wichtig. Neben den globalen Bemühungen müssen sich unsere Anstrengungen, den Klimawandel und seine negativen Folgen aufzuhalten, daher nicht nur auf der Bundes- und Landesebene vollziehen, sondern insbesondere auch im Lokalen, wo der Bezirk Mitte mitgestalten und Einfluss nehmen kann.«

Für die Umsetzung des Klimanotstands-Beschlusses hat die neu geschaffene Position einer oder eines Klimaschutzbeauftragten eine wesentliche Bedeutung. Die Stelle soll im Oktober angetreten werden. Das Bezirksamt wird bei der Beurteilung seiner Entscheidungen und bei Ersuchen der BVV darüber hinaus künftig die Klimaverträglichkeit von Maßnahmen prüfen und die klimafreundlichste Alternative wählen. Der oder die Klimaschutzbeauftragte erstellt dafür einen Bewertungsleitfaden. Ferner ist geplant, jährlich ein Klimasymposium durchzuführen, bei dem ein Austausch zu allen klimarelevanten Maßnahmen und bezirklichen Klimaschutz-Vorhaben im Bezirk stattfinden soll.

Ein bezirkliches Klimaschutzkonzept soll sich an den Landesvorgaben orientieren. Der bezirkliche Umweltpreis wird zu einem Umwelt- und Klimapreis weiterentwickelt, der auch gesellschaftliches und / oder unternehmerisches Handeln für Klimaschutz würdigt. »Zudem wollen wir noch stärker als bisher klimaneutrale Mobilität fördern und unsere Dienstgebäude so schnell wie möglich klimaneutral bewirtschaften. Die bereits begonnene Umstellung der veralteten Beleuchtung im Erika-Heß-Eisstadion zeigt, welche Potenziale wir hierbei in der Bezirksverwaltung haben«, so Stephan von Dassel.

# Provisorischer Zaun an der Dankeskirche

Kirchengemeinde hat Sicherheitsbedenken

Um die Dankeskirche und ihr Gemeindezentrum auf dem Weddingplatz soll ein provisorischer Zaun errichtet werden. Das ist das Ergebnis von Gesprächen des Bezirks im Vorfeld der Sanierung des Weddingplatzes. Die syrischorthodoxe Gemeinde, die das denkmalgeschützte Ensemble derzeit nutzt, hat diesen Wunsch geäußert – und leider auch durchaus Anlass für ernste Sicherheitsbedenken.

Bislang galt ein Zaun um das Ensemble aus Kirche und Gemeindezentrum nur als eine Option, die im Laufe des Verfahrens zur Neugestaltung des Weddingplatzes geprüft werden sollte. Eigentlich widerspricht so eine Abgrenzung den Intentionen des Architekten Fritz Bornemann, der die 1970–72 errichtete Kirche und das Gemeindehaus ja bewusst offen in die Mitte des Platzes gestellt hatte. Und auch eines der Ziele der Neugestaltung des Platzes passt nicht zur Umzäunung: Danach soll eine wichtige Wegebeziehung von der Kreuzung Fenn- und Müllerstraße über das Kirchengelände zum Pankegrünzug verlaufen. Auf der anderen Seite sind aber die Sicherheitsbedenken der Kirchengemeinde nicht so einfach vom Tisch zu wischen.

Denn die syrisch-orthodoxe Gemeinde kommt aus einer Region voller Spannungen, die leider ab und an auch auf Deutschland überschlagen. Die syrisch-orthodoxen Christen gehören zu den Aramäern, einer uralten Volksgruppe, die bereits in der Bibel erwähnt wird. Ihr Siedlungsbereich liegt in der Türkei, in Syrien und dem Irak. Die meisten Syrisch-Orthodoxen in Berlin kommen dabei aus der Türkei, wo sie zusammen mit den Armeniern schon 1915 systematisch vertrieben wurden und einem Völkermord ausgesetzt waren. Von denen, die übrig blieben, lebten die meisten in Dörfern im Siedlungsgebiet der Kurden. Hier gerieten sie später zwischen die Fronten des Bürgerkrieges. Heute leben nur noch etwa 3.000 überwiegend ältere syrisch-orthodoxe Christen in der Türkei, rund 300.000 dagegen in der EU, davon 100.000 in Deutschland.

Hier sollten sie zwar in Sicherheit sein. Aber sie müssen dennoch erleben, wie immer wieder versucht wird, türkische innenpolitische Auseinandersetzungen auch in Europa zu führen: Als Minderheit stehen sie in Gefahr, zwischen die Fronten zu geraten und angegriffen zu werden. Dazu kommen die Bürgerkriege in Syrien und im Irak, die auch hierzulande militante Aktionen gegen Minderheiten auslösen können. Das Sicherheitsbedürfnis der syrischorthodoxen Gemeinde ist deshalb deutlich größer als das einer normalen Berliner Kirchengemeinde – so sieht es inzwischen auch der Bezirk.



# Wildbienen in der Schiller-Bibliothek

Noch bis 25. September kann man in der Schiller-Bibliothek eine Ausstellung über Wildbienen besuchen. Sie gibt anschaulich und übersichtlich Informationen über diese Tiergruppe und zeigt gleichzeitig, was jeder tun kann, um Wildbienen im eigenen Garten oder auf dem Balkon zu fördern und anzusiedeln. In mehreren Vitrinen werden Informationen zum Lebenszyklus der Arten gegeben und ihre Ansprüche an den Lebensraum mit didaktisch modernen Mitteln dargestellt. Das überlebensgroße Modell einer Mauerbiene rundet die Präsentation ab.

Die Ausstellung wurde von der Deutschen Wildtier Stiftung im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz entwickelt. Wildbienen stehen im Fokus von Naturschutzbemühungen, seit Studien vor wenigen Jahren ein großflächiges Artensterben feststellten. Davon sind auch Wildbienen betroffen. In Städten leben sehr viele Arten, alleine aus Berlin sind rund 320 der fast 600 deutschen Arten nachgewiesen. Im Unterschied zur vollständig domestizierten Honigbiene leben sie nicht in mehrjährigen Völkern, sondern sind solitär. Jedes Weibchen legt ein eigenes Nest im Boden, in Totholz oder in hohlen Stängeln an, versorgt dieses mit Pollen zum Teil ganz spezieller Pflanzen und verschließt es. Die Larve entwickelt sich von alleine. Wildbienen können mit einfachen Mitteln gefördert werden, sie brauchen ein buntes und artenreiches Spektrum verschiedener Gartenpflanzen sowie Strukturvielfalt für die Anlage ihrer Nester in Gärten sowie auf öffentlichen Flächen.

10 — ECKE MÜLLERSTRASSE
AUS DEM BEZIRK MITTE — 11

**100 JAHRE GROSS-BERLIN** 

### »Chaos & Aufbruch – Berlin 1920 I 2020«

#### Eine überaus empfehlenswerte Ausstellung im Märkischen Museum

»Im Kaiserreich ist die Wohnung eine Ware, die von privaten Investoren gehandelt wird. Sogenannte Terraingesellschaften erwerben mithilfe von Banken und Kapitalanlegern große Areale, um sie zu erschließen und zu bebauen. Besonders lukrativ sind hochwertige Immobilien für das vermögende Bürgertum. Mietwohnungen für Geringverdiener rentieren sich durch extreme Wohndichte, minderwertige Ausstattung und Vernachlässigung der Bausubstanz. Gewinnspekulation treibt die Mieten in die Höhe.«

Das kommt Ihnen irgendwie so vertraut vor? Es ist eine Beschreibung des Berliner Wohnungsmarktes vor 1920. Und es ist nicht die einzige Parallele zum heutigen Berlin, wie man an Sätzen wie den folgenden sieht:

»Der moderne Großstadtverkehr bewegt auch die Gemüter der Fahrgäste: Weite Entfernungen schrumpfen, die Alltagswahrnehmung wird beschleunigt und Zeit zu einem kostbaren Gut. Auf engem Raum begegnen sich Menschen verschiedenster sozialer Herkunft – unbeteiligt, neugierig oder ablehnend.«

Oder: »Freie Fahrt für freie Großstädter? Viele Menschen möchten mit einem Privatfahrzeug mobil sein. (...) Berlin steht eine Verkehrswende hervor.«

Oder: »Wem gehört das Tempelhofer Feld? Bereits im Kaiserreich ist der Militärübungsplatz im Süden Berlins eine Spielwiese für Sportvereine, Ausflugsziel für Erholungssuchende und Austragungsort von Motorflugwettbewerben. « Es gibt also einige Parallelen zwischen dem Berlin von 1920, das per Eingemeindung schlagartig zur Weltmetropole wurde, und dem Berlin von heute. Ob Zuwanderung und Bevölkerungswachstum, Wohnungsmangel, Großstadtverkehr oder Freiräume für Erholung – solche Themen und Problemlagen bewegen die Stadt damals wie jetzt.

#### 1920. 2020 - zwei Zeitebenen

»Chaos & Aufbruch – Berlin 1920 | 2020« heißt die Sonderausstellung zum Thema »100 Jahre Groß-Berlin«, die seit Ende August im Märkischen Museum zu sehen ist. Mit Blick auf die Vergangenheit und die Gegenwart Berlins geht sie der Frage nach, wie aus einem chaotischen Umbruch ein konstruktiver Aufbruch gestaltet werden kann: Wie kann Großstadt gelingen?

Durch das »Groß-Berlin-Gesetz« hatte sich 1920 die Einwohnerzahl Berlins quasi über Nacht verdoppelt – durch Eingemeindung benachbarter, bis dahin selbstständiger Städte und Gemeinden entstand eine der damals größten Städte der Welt. Mit 20 neu gebildeten Bezirken als Verwaltungseinheiten bemühte sich die Kommune, die großen finanziellen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den



Willy Dzubas: S-Bahnhof Gesundbrunnen während des Baus der U-Bahnlinie D (heute: U8), 1929

teils sehr unterschiedlichen Stadtteilen auszugleichen. Eine »Politik für alle« hatte zum Ziel, allen in der Stadt lebenden Menschen einen Mindeststandard bei Bildung, Gesundheit, Wohnen und Erholung zu ermöglichen. Zudem war endlich auch eine einheitliche Verkehrs- und Stadtplanung möglich. Das Groß-Berlin-Gesetz war somit die Grundlage für die Metropole von heute.

In der Ausstellung laden eine historische und eine aktuelle Zeitebene zu einer Entdeckungsreise ein, die von den Problemen der Stadt über Lösungsansätze bis hin zu ihren Zukunftspotentialen führt. Dabei geht es um Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, um die Anbindung an das Umland und auch um Identität.

Thematisch wie räumlich ist die Ausstellung klar strukturiert: Der erste Teil im Erdgeschoss umfasst die Spanne von der Ausgangssituation in der Kaiserzeit über die großen Veränderungen nach 1920 bis 1933. Mit der Machtergreifung der Nazis endet der erste Teil und führt durch einen »Zeittunnel« in den zweiten Ausstellungsteil im Obergeschoss, der sich der Gegenwart, dem Berlin von 2020 zuwendet.

#### Politische und ökonomische Hintergründe

Besonders spannend, informativ und anschaulich aufbereitet ist der erste Teil gelungen. Das liegt wohl auch in der Natur der Sache, schließlich gibt es unendlich viel Erzählstoff und museales Material über diese Zeit des allgemeinen Umbruchs. Wunderbar ist es den Ausstellungsmachern gelungen, die Schau nicht nur auf eine Weise in die historischen Räume des Märkischen Museums zu bauen, dass beides miteinander harmoniert und doch ein reizvolles Spannungsfeld bildet – darüber hinaus gelingt auch eine überaus lebendige, nachvollziehbare Darstellung jener Zeit, der politischen und ökonomischen Hintergründe und Zusammenhänge von Entwicklungen, aber auch von Stimmungen und Zeitgeist.

Deutlich wird beispielsweise, wie stark die Wirtschaftskrise und Hyperinflation von 1923 die Entwicklung der Stadt beeinflussten – kurz darauf gefolgt vom großen weltweiten

Börsencrash von 1929, der vielen hoffnungsvollen Entwicklungen wieder ein Ende setzte. Und auch der Skandal um den Berliner Bürgermeister Gustav Böß war durchaus folgenreich.

Aufschlussreich sind aber auch beispielsweise die sehr unterschiedlichen Reaktionen auf das »Groß-Berlin-Gesetz« – während vorwiegend proletarische Innenstadtgebiete den Zusammenschluss befürworteten, wehrten sich die bürgerlich geprägten, wohlhabenderen Stadtteile wie z.B. Zehlendorf und Randgemeinden wie Spandau oder Köpenick vehement dagegen. Diese Gegenbewegung setzte schon vor der Gesetzgebung ein und hielt teils noch bis Ende 1924 an.

#### Bau- und Verkehrspolitik

Ein Schwerpunkt ist natürlich die Wohnungspolitik im neuen Berlin: Der Wohnungsmangel ist eklatant und eines der größten Defizite der Stadt, die auch durch Zuwanderung förmlich explodiert: Die um die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnene Industrialisierung und die weiter expandierende Industrie mit ihrem hohen Bedarf an Arbeitskräften sorgte für einen stetigen Zustrom vom Land in die Stadt, die Arbeit, Lohn und auch Freiheit versprach. Sie alle mussten irgendwo wohnen, möglichst in der Nähe der Fabriken – die Folge war ein immer dichteres Geflecht von Mietskasernen, oft mit engen, dunklen Hinterhöfen, in denen insbesondere die Arbeiterfamilien zusammengepfercht auf engstem Raum unter erbärmlichen Bedingungen lebten, während das Bürgertum in den Beletagen oder gleich in den vornehmeren Villenvierteln residierte.

Es galt um 1920 also nicht nur, die massive Wohnungsnot zu lindern, sondern auch, den schlimmsten Missständen



Notenblatt »Die Wohnungsnot«, Couplet aus der Revue »Halloh! Halloh!«, 1919

entgegenzuwirken. In der Folge wird der soziale Wohnungsbau zu einem der wichtigsten Themen der Stadt, die »Baumaschine« springt an: Zahlreiche Siedlungen nach dem Prinzip Licht, Luft, Sonne entstehen im Stil der Moderne, die heute immer noch vorbildhaft sind und zum Unesco-Welterbe zählen.

Die Synchronisierung unterschiedlicher Verkehrsbetriebe, Verkehrsmittel und -systeme ist eine weitere Mammutaufgabe. Noch heute ist es erstaunlich, in welchem Tempo damals der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und ertüchtigt wurde, um Millionen Menschen durch die Stadt zu transportieren.

Wo die Stadt sich enorm verdichtet, wächst natürlich auch das Bedürfnis nach Freiräumen und Erholung. In dieser Zeit entstehen die Volksparks, überhaupt Park- und Grünanlagen für alle, aber auch Strand- und Freibäder wie jenes am Wannsee oder zahlreiche Sportplätze.

Dabei versammelt die Ausstellung eine Fülle historischer Dokumente, Fotografien und Exponate (etwa ein alter Hanomag) ebenso wie anschauliche Grafiken, per Knopfdruck abrufbare Filmaufnahmen oder spielerische Elemente. Wirklich beeindruckend ist, wie es in der Gesamtheit des 1. Teils gelingt, die Stimmungen jener Zeit lebendig werden zu lassen, die drückende Not ebenso wie den Aufbruchsgeist, den Galuben an die Moderne und an Fortschritt.

#### Zukunftsfragen

Naturgemäß kann der zweite Teil, das gegenwärtige Berlin mit seinen Zukunftspotentialen, nicht mit einer solchen dokumentarischen Fülle aufwarten – Zukunft ist nun mal nicht vorhersehbar. Stattdessen formuliert die Ausstellung hier per Videos, Interviews und (manchmal eher futuristisch-verspielten) Exponaten Fragen zu wichtigen Themenfeldern. Sechs Impulsprojekte zeigen mit wissenschaftlichen, künstlerischen oder journalistischen Beiträgen unterschiedliche Ansätze der Auseinandersetzung und regen zum Nachdenken und zur Debatte an. Weitere Elemente sind Umfragestationen für die Besucherinnen und Besucher zu wichtigen Themen. Und in der »Stadtwerkstatt« können Ideen zum künftigen Leben in der Stadt entwickelt und ausgetauscht werden.

»Chaos & Aufbruch« ist die zentrale Sonderausstellung des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmal Stadt«, mit dem das Stadtmuseum Berlin die zwölf Berliner Bezirksmuseen eingeladen hat, sich mit je einem dezentralen Ausstellungsprojekt zu beteiligen. Zu den einzelnen Bezirksausstellungen lädt die Große Halle des Märkischen Museums eindrucksvoll mit großen Bannern ein.

Begleitet wird das Projekt von einem umfangreichen Programm und dem Online-Portal 1000x.berlin mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren Groß-Berlin. us

»Chaos & Aufbruch«, Ausstellung im Märkischen Museum, Am Köllnischen Park 5, noch bis 30. Mai 2021 Öffnungszeiten: Di-Fr 12–18 Uhr, Sa+So 10–18 Uhr Eintrittspreis: 7,00 / erm. 4,00 Euro (inkl. Audioguide), bis 18 Jahre Eintritt frei. Zur Ausstellung ist eine Broschüre erschienen, die im Museum kostenlos erhältlich ist. 12 — AUS DEM BEZIRK MITTE — 13

# Mieterstadt dank Mietendeckel

#### In Berlin haben staatlich festgesetzte Mietobergrenzen Tradition

Berlin ist Mieterstadt wie kaum eine andere auf der Welt: Nur etwa jede sechste Wohnung wird bei uns von ihren Eigentümern bewohnt. Damit ist das Land Berlin Spitzenreiter: in Gesamtdeutschland ist fast die Hälfte der Wohnungen im Besitz ihrer Bewohner. Deutschland hat wiederum in der Europäischen Union die niedrigste »Wohneigentumsquote«. Es gibt also kaum eine andere Metropole auf dieser Welt, in der Mietenpolitik eine ähnliche Rolle spielt wie bei uns. In den vergangenen 100 Jahren waren in Berlin staatlich verordnete Mietobegrenzen deshalb auch eher die Regel als die Ausnahme. Der »Mietendeckel«, der seit diesem Jahr für den größten Teil des Berliner Bestandes an Mietwohnungen gilt und der zuvor für heftige Debatten gesorgt hatte, ist für die Stadt also eigentlich nichts Besonderes.

#### Wohnungsbau trotz Mietendeckel

Gegen die staatliche Preisbindung für Wohnraum wird heftig polemisiert, zum Teil mit falschen Behauptungen. So heißt es beispielsweise immer wieder, die staatliche Mietpreisbindung verhindere den so dringend erforderlichen Wohnungsbau in der Hauptstadt, weil sie private Investoren abschrecke. Dabei gilt der Mietendeckel ausdrücklich nur für Wohnungen, die bereits vor dem Jahr 2014 bezugsfertig waren: Neubauten aus späteren Jahren werden von ihm gar nicht erfasst. Wer heute in Berlin ein Mietshaus bauen will, wird also vom Mietendeckel in keiner Weise eingeschränkt.

Zudem ist knapp zwei Drittel des Berliner Wohnungsbestandes in Zeiten entstanden, zu denen die Mieten staatli-



cherseits gedeckelt waren, also in den Jahren zwischen 1922 und 1988. Etwa 665.000 Wohnungen in der Stadt entstanden zum Beispiel in der Nachkriegszeit zwischen 1949 und 1978, als sowohl im West- als auch im Ostteil Berlins Mietbegrenzungen galten. Nach der Freigabe der Mieten und der Wiedervereinigung wurden in einem annähernd gleich langen Zeitraum nur etwa 205.000 neue Wohnungen gebaut (zwischen 1991 und dem Mikrozensus 2018). Die Behauptung, dass deregulierte Märkte mit »unsichtbarer Hand« quasi automatisch Wohnungen schaffen, ist also eine neoliberale Legende.

#### »Reichsmietengesetz«: Mietpreisbindung für ganz Deutschland

Eine staatlich verordnete Mietpreisbindung galt in der Weimarer Republik seit 1922, als das »Reichsmietengesetz« in Kraft trat. Darin wurden die Wohnungsmieten de facto auf den Stand der Vorkriegsmiete von 1914 eingefroren, sie durften damals nur um Zuschläge erhöht werden, die von den Landesbehörden per Verordnung festgesetzt wurden. Die maximale Miethöhe der allermeisten Wohnungen war also nicht mehr vom Kräftespiel des freien Marktes abhängig, sondern das Ergebnis von politischen Aushandlungen auf Landesebene. Das Reichsmietengesetz wurde im Verlauf der Weimarer Republik eher noch verschärft: Angesichts der Weltwirtschaftskrise wurde z.B. im Jahr 1931 die gesetzlich zulässige Miete per Notverordnung gesenkt. Und auch die Nazis dachten gar nicht daran, die Mietpreisbildung wieder den Kräften des Marktes zu überlassen. Sie verhängtem im Jahr 1936 sogar einen allgemeinen Mietpreisstopp, obwohl in dieser Zeit die Weltwirtschaftskrise längst überwunden war.

Das Reichsmietengesetz war eine Reaktion auf die Wohnungsnot, die sich nach dem ersten Weltkrieg in ganz Deutschland ausgebreitet hatte. Der Wohnungsneubau war im Krieg faktisch eingestellt worden. Nach dessen Ende strömten Millionen Soldaten zurück in ihre Heimatorte, hinzu kamen Flüchtlinge: Kurz nach Kriegsende ging man von einem Fehlbestand von reichsweit rund einer Million Wohnungen aus. In Berlin verschärften sich die Konflikte vor allem in den nördlichen, proletarisch geprägten Stadtgebieten: hier gründeten sich etliche »Mieterräte«, die zu Mietstreiks und zum Widerstand gegen Zwangsräumungen aufforderten. Diese Mieterräte polemisierten auch gegen das geplante Reichsmietengesetz, das ihnen nicht weit genug ging: Auf einer Großkundgebung im Lustgarten im Februar 1921 riefen sie zum Mieterstreik gegen das Gesetzesvorhaben auf, der allerdings nach nur einem Monat weitgehend in sich zusammenbrach.

#### Nach dem Krieg: Mietendeckel unumstritten

Das Reichsmietengesetz erwies sich trotz turbulenter Zeiten als sehr stabil und überstand, wie gesagt, auch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Auch in der Nachkriegszeit blieben in ganz Deutschland die Regulierungen in Kraft. Angesichts der Wohnungsnot in den zerbombten Städten und der vielen Millionen Flüchtlinge stand unmittelbar nach dem Krieg bei keiner politischen Partei eine Reform dieses Gesetzes auf der Tagesordnung.

In der Zeit der Beratungen der verfassungsgebenden Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, dem Parlamentarischen Rat in den Jahren 1948 und 1949, war die staatliche Mietpreisbindung also ein nahezu selbstverständlicher Teil der Konstitution Deutschlands. Deshalb dürfte es auch nicht so einfach sein, dem Berliner Mietendeckel grundlegende Verstöße gegen die Landesverfassung Berlins oder das Grundgesetz der Bundesrepublik nachzuweisen.

In den 1950er Jahren galten staatlich regulierte Mieten also auch in Westdeutschland. Erst in den 1960er Jahren sollte sich das ändern: Im Jahr 1960 brachte das Kabinett unter Konrad Adenauer das »Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietund Wohnrecht« in den Bundestag ein. Darin wurden die Mieten für bis dahin preisgebundenen Wohnraum ab dem 1. Januar 1966 grundsätzlich freigegeben.

#### »Schwarzer Kreis« im Westteil bis 1988

Tatsächlich verzögerte sich dies aber oft - in manchen Städten bis in die Mitte der 1970er Jahre und im Westteil Berlins sogar bis zum Jahr 1988. Solange galt hier der »Schwarze Kreis«, in dem die Mietobergrenzen für Altbauten aus der Zeit vor 1948 vom Senat regelmäßig neu ausgehandelt und festgesetzt wurden. Das war in der Bevölkerung sehr populär, auch bei sonst eher konservativen Wählerschichten: Im Wettlauf der Systeme wollte man sich in Westberlin lange Zeit offenbar keine Blöße geben, indem man stark steigende Mieten riskierte, wie sie nach der Freigabe etwa in München oder anderen westdeutschen Großstädten zu beobachten waren. Erst am Ende der 1980er Jahre traute sich der schwarz-gelbe Westberliner Senat diesen Schritt zu. Allerdings gab es starken Widerstand in der Bevölkerung, rund 500.000 Unterschriften wurden gegen den »Weißen Kreis« gesammelt, wie die Übergangsregeln genannt wurden. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus im Januar 1989 ging für die damaligen Regierungsparteien jedenfalls krachend verloren - CDU und FDP büßten zusammen mehr als 13% der Wählerstimmen ein. Die FDP flog aus dem Parlament, die rechtspopulistischen »Republikaner« zogen stattdessen ein. Der letzte Westberliner Senat unter Walter Momper war rot-grün.

#### Neoliberale Wende nach 1990

Nach der Wiedervereinigung der Stadt brachen dann aber auch in Berlin neoliberale Zeiten an: Staatlich regulierte Mieten standen jetzt für das System der DDR und ihre stark vernachlässigte Altbausubstanz. Und die rapiden Steigerungen der Mieten im gesamten Stadtgebiet konnten als unvermeidliche Begleiterscheinung einer »Normalisierung« der Verhältnisse Berlins abgetan werden. Dass es im Westteil gelungen war, mit Hilfe der »behutsamen Stadterneuerung« in relativ kurzer Zeit einen Großteil der Altbauten auch unter den Bedingungen einer staatlichen Mietpreisbindung zu sanieren, spielte in den wohnungspolitischen Debatten kaum eine Rolle.

Erst in jüngerer Zeit fanden sich in der Mieterstadt wieder politische Mehrheiten für stärkere mietenpolitische Eingriffe wie den Mietendeckel. Dazu haben natürlich die



stark gestiegenen Mieten beigetragen, die seit Mitte der 2010er Jahre bei dem Neuabschluss eines Mietvertrages zu entrichten sind. Aber auch die extremen Bodenwertsteigerungen in der Stadt haben dieser Renaissance der Mietpreisregulierung den Boden bereitet: Warum soll die Stadtpolitik auch tatenlos dabei zusehen, wie große Kapitalgesellschaften, internationale Fonds und ein kleiner Teil der Bevölkerung Jahr für Jahr immense Vermögensgewinne einstreichen, die letztlich von den Wählerinnen und Wählern über die Miete finanziert werden?

#### Mieterstadt als Standortvorteil

Dazu kommt: Der Aufschwung, den Berlins Wirtschaft seit etwa 2010 verzeichnete, war sehr eindeutig auf »weiche« Standortfaktoren wie bezahlbare Mieten zurückzuführen. Das macht die Stadt international attraktiv für junge, gut ausgebildete Erwachsene, die hier, anders als in Metropolen wie London, Paris, New York oder San Francisco, noch Wohnraum finden, der für Familiengründungen geeignet ist. Deshalb ist Berlin ja für jene Firmen so interessant, die diese jungen Erwachsenen brauchen, um innovative Produkte zu entwickeln. Eine Mieterstadt wie Berlin bietet Vorteile, die Städte, in denen Wohneigentum dominiert, nicht haben: Man braucht kein riesiges Eigen- oder Familienkapital, um neue Hausstände gründen zu können. Man ist flexibel und kann seine Wohnsituation seinen Lebensumständen schnell anpassen. Es macht keine großen Umstände, in Berlin mal ein paar Jahre zu arbeiten – aus denen in diesem Lebensabschnitt schnell auch größere Zeiträume werden. Und man findet als Berufseinsteiger schnell ein Umfeld von Menschen mit ähnlichen Lebensentwürfen. Das beschleunigt den Aufbau von Netzwerken, die wiederum oft die eigentliche Grundlage für Innovationen darstellen und die Stadt für Unternehmensgründer so attraktiv macht: Als Mieterstadt scheint Berlin für das 21. Jahrhundert also sehr gut gerüstet zu sein!

14 — AUS DEM BEZIRK MITTE



### Verfechterin sozialdemokratischer Ideale

#### Zum Rücktritt der Berliner Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher

Der Rücktritt von Katrin Lompscher als Stadtentwicklungssenatorin kam völlig überraschend – weder hatte sie zuvor amtsmüde gewirkt, noch hatte die Opposition sie gerade besonders in der Mangel. Das große Projekt des Mietendeckels hatte zwar für viele Anfeindungen gesorgt, doch in der Sache bot er keinen Anlass für Rücktrittsforderungen.

Der Grund für den Rücktritt war im Grunde völlig banal: Bei ihrer Tätigkeit in Aufsichtsratsgremien hatte sie jährlich 8100 Euro verdient. Davon müsste sie nach dem Senatorengesetz für insgesamt drei Jahre knapp 5900 Euro in die Landeskasse zurückzahlen, was sie versäumte. Nach Bekanntwerden der fehlerhaften Abrechnungen überwies sie einen Betrag von 7000 Euro an die Landeskasse – und trat zurück.

Das Versäumnis war so nichtig, dass der Rücktritt selbst ihren erbittertsten Gegner für einen Moment den Wind aus den Segeln nahm. Katrin Lompscher selbst war es, die sich den Fehler nicht kleinreden mochte.

Ein Rücktritt wegen 5900 Euro, die umgehend nachgezahlt wurden – so viel Strenge mit sich selbst, Rückgrat und Anstand sind ungewöhnlich in einer politischen Landschaft, in der ein Minister ungeniert einen Milliardenschaden für die Gesellschaft wie eine Petitesse aussitzen kann. Lompscher jedoch muss klar gewesen sein, dass auch der kleinste Makel in ihrem Amt sie angreifbar machen würde.

Und an erbitterten Gegnern mangelte es Lompscher nun wahrlich nicht. Schließlich gibt es eine Menge Leute, die Kapital aus Immobilien und überzogenen Mieten schlagen. Lompscher – eine Ostberlinerin, die ihr Handwerk erst als Baufacharbeiterin und dann als Diplomingenieurin für Städtebau von der Pike auf gelernt hatte – trat ihr Amt in einer Stadt an, in der Mieten und Grundstückspreise explodierten, Spekulanten Häuser reihenweise »entmieteten«, um sie als Eigentumswohnungen lukrativ zu verkau-

fen, oder Grundstücke aus spekulativen Zwecken brach liegen ließen. In einer Stadt, die seit Jahren keinen nennenswerten Sozialen Wohnungsbau mehr zu verzeichnen hatte und in der es an bezahlbaren Wohnungen mangelte. Kein schönes Erbe. Lompschers politische Agenda war geradlinig: mehr Mieterschutz, die Mietenspirale möglichst stoppen, mehr Sozialer Wohnungsbau. Das hieß konkret: massive Ausweitung von Milieuschutzgebieten (und damit mehr Vorkaufsrechte für die Kommune), Neubauvereinbarungen mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Erhöhung des Anteils kommunaler Bestände auf dem Wohnungsmarkt und – ein kühner Vorstoß – der Mietendeckel.

In der Folge wurde ihr oft vorgeworfen, zu wenig für Wohnungsneubau zu sorgen und Investoren zu verschrecken, hämisch wurde sie »Bauverhinderungssenatorin« genannt – und damit die simple Tatsache geleugnet, dass in Berlin derzeit so viele Wohnungen gebaut werden wie seit 20 Jahren nicht mehr. Hinzu kommen erteilte Baugenehmigungen für über 60.000 Wohnungen. Etliche davon wurden bislang nicht gebaut, weil Investoren immer noch mit den Grundstücken spekulieren.

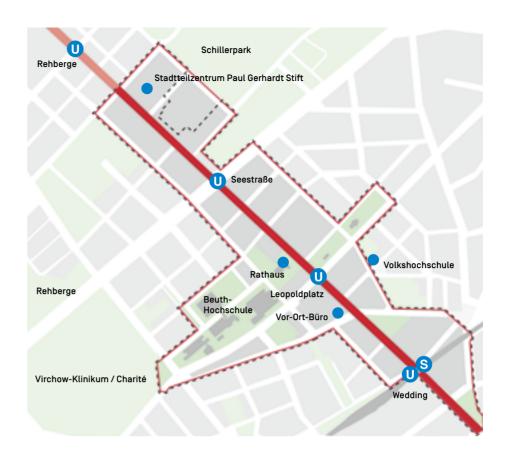
Der Mietendeckel stieß zwar auf viel Abwehr und Gegenwind, ließ aber auch Politiker (und Mieter!) in anderen, ebenfalls unter den steigenden Mieten ächzenden Großstädten aufhorchen und weckte Hoffnungen. Wenn er vor der höchsten richterlichen Instanz bestehen kann, hätte das mehr als nur Signalwirkung.

Interessanterweise kam massive Kritik an der vorgeblich investoren- und eigentümerfeindlichen Politik Lompschers ausgerechnet auch von Journalisten der Hauptstadtpresse. Es waren vielleicht dieselben Journalisten, die es jahrelang ohne Nachfragen oder Eigenrecherche hinnahmen, dass die frühere Senatorin Junge-Reyer (SPD) gebetsmühlenartig beruhigte, in Berlin stünden hunderttausend Wohnungen leer – selbst dann noch, als der Wohnungsmangel längst spürbar war und sich herausstellte, dass die völlig obskure Zahl auf nichts weiter als auf veralteten Angaben von Vattenfall zu abgestellten Stromzählern beruhte.

Und auch Junge-Reyers Vorgänger, Peter Strieder (ebenfalls SPD) musste längst nicht so viel Kritik wie Lompscher einstecken, obwohl er sich lieber den spektakulären Prestigeprojekten widmete, während in seiner Amtszeit die Förderung Sozialen Wohnungsbaus immer weiter zurückgefahren wurde oder kommunale Bestände in Größenordnungen verscherbelt und privatisiert wurden.

Vor diesem Hintergrund hätte die SPD der Linken-Politikerin Katrin Lompscher eigentlich eine Ehrenmitgliedschaft anbieten müssen. Schließlich war sie diejenige Senatorin, die noch am ehesten eine mieterfreundliche Politik und eine Stadt für alle vertrat. Mithin also eine zutiefst sozialdemokratische Stadtpolitik im ursprünglichen Sinn.

Nachfolger Lompschers ist ihr bisheriger Staatssekretär Karsten Scheel. Er gilt als weniger streitbar, als pragmatisch, umsichtig und gründlich, ist freilich nicht vom Fach: Der gebürtige Wriezener studierte Philosophie und war, bevor er als Staatssekretär begann, Mitglied des sächsischen Landtags und parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion. Aller Voraussicht nach wird er in dem verbliebenen Jahr vor der nächsten Berlinwahl Lompschers Politik weiterführen.





Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de



ProgrammkulisseAktives Stadtzentrum

- - Sanierungsgebietsgrenze

#### Adressen

#### Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin (030) 90 18-446 00 ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

#### Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Fachbereichsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106, (030) 90 18-458 46 stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

#### Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr stadtplanung@ba-mitte.berlin.de Gruppenleiter: Stephan Lange (030) 90 18-436 32

## $\underline{Lebendiges\ Zentrum\ und\ Sanierungsgebiet}$ $\underline{M\"{u}llerstra}\underline{{\it fe}}$

Claudia Jahns (030) 9018 45463 claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

#### Prozessmanagement

Jahn, Mack und Partner Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28 Carla Schwarz (030) 85 75 77 26 muellerstrasse@jahn-mack.de www.jahn-mack.de

#### Stadtteilvertretung Müllerstraße

Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der
Stadtteilvertretung erhalten möchten,
dann senden Sie eine E-Mail an:
mitteilungen@stadtteilvertretung.de

#### Runder Tisch Leopoldplatz

Thorsten Haas, Präventionsrat Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (030) 90 18-322 51

#### Quartiersmanagement Pankstraße

Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin (030) 74746347 qm-pank@list-gmbh.de www.pankstrasse-quartier.de

#### Runder Tisch Sprengelkiez

Sprengelstraße 15, 13353 Berlin (030) 20 06 78 85 info@runder-tisch-sprengelkiez.de www.runder-tisch-sprengelkiez.de

#### Mieterberatung Wedding

für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr Vor-Ort-Büro Triftstraße 2 (030) 44 33 81-11 www.mieterberatungpb.de team-wedding@mieterberatungpb.de

















#### **ECKENSTEHER**

# Der Wille zum Glauben

#### Oder vom Unterschied zwischen 20.000 und 1,3 Millionen

Vor einigen Wochen rief mich mein Schwager an. Er ist Arzt in Westdeutschland und erzählte mir von einer Begegnung in seiner Praxis. Eine Patientin sei ganz beseelt zu ihm gekommen. Sie sei noch ganz erfüllt von ihrem Berlin-Besuch am Wochenende, wo sich im Großen Tiergarten auf der Querdenker-Demonstration insgesamt 1,3 Millionen Menschen versammelt, um gegen die Corona-Politik der Bundesregierung zu protestieren. Was ich davon halte, fragte mein Schwager, ob das an dem Ort denn überhaupt möglich sei.

Ich hatte mir ähnliche Fragen schon gestellt, als im Großen Tiergarten noch alljährlich die »Love-Parade«-Parties stattfanden, die nach Veranstalterangaben ja ebenfalls mehr als eine Million Menschen zusammengebracht haben sollen. Schon damals hatte ich mir nicht vorstellen können, wie es die BVG und die S-Bahn geschafft haben sollen, mehr als eine Million Menschen vormittags zum Großen Tiergarten und abends wieder zurück zu bringen, wo sie doch am Olympiastadion mit seinem aufwändig ausgebauten Spezialbahnhof bei 70.000 Zuschauern schon regelmäßig an ihre Belastungsgrenze stoßen. Jetzt sollen angeblich ganz viele mit Reisebussen angereist sein, erläuterte mein Schwager die Ausführungen seiner Patientin. Um eine Million Menschen per Bus nach Berlin zu bringen, bräuchte man 20.000 große Reisebusse, so rechneten wir aus. Und die wiederum bräuchten rund 300 Kilometer freien Straßenrand, um während der Demo irgendwo abgestellt werden zu können. Die hätten also auch bei mir im nahe gelegenen Wedding stehen können, auf der Straße sah es an diesem Wochenende aber eigentlich aus wie immer. Nach den Angaben der Polizei sollen sich an diesem

Tag nur etwa 20.000 Menschen zwischen dem Großen Stern und dem Brandenburger Tor versammelt haben. Zu deren Transport hätten etwa 400 Reisebusse ausgereicht, was man im Wedding nicht mitbekommen hätte.

Zwar fällt vielen von uns der Umgang mit großen Zahlen schwer, um aber den Unterschied zwischen 20.000 und 1,3 Millionen nicht zu bemerken, braucht es schon mehr als nur eine kleine Rechenschwäche: eine große Masse Leichtgläubigkeit nämlich. Man musste den »Querdenkern« schon stark glauben wollen, um ihnen ihre dreiste Lüge von der Millionenmenge abzunehmen. Unter den Corona-Demonstranten scheint der Wille zu solchem Glauben in großem Maße vorhanden zu sein. Denn wer tatsächlich denkt, dass organisierte Nazis dort mit der Reichskriegsflagge auf den Schultern für die Freiheit des Individuums auf die Straße gehen, dem kann man wahrscheinlich alles er-

Darüber war ich mir mit meinem Schwager am Schluss des Telefongesprächs einig.

Christof Schaffelder